

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

193 (21.8.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk
monatlich 20 Mk., Postbezug monatlich 20 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 1 Mk.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einseitige Zeitzeile oder deren Raum 1 Mk. 50 Pfg., Rücklage
zeile 6 Mk. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezahler keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 193.

Montag den 21. August 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Dem Reichsrat ist der Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte zugegangen. In allen Strafsachen — mit Ausnahme der Reichsgerichtssachen — sollen in Zukunft in erster und in der Berufungsinstanz Laien entscheiden.

Das Reichskabinett hat in seiner Freitagssitzung der Erhöhung der Beamtgehälter zugestimmt und weiter die Entschädigungsfrage behandelt.

Eine Vertrauensversammlung der Deutschen Volkspartei in Baden hat in einer Entschließung scharfsten Protest gegen die Verabschiedung des Regierungspräsidenten erhoben.

Weitere Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife werden angekündigt. Die auf 1. September vorgesehene Erhöhung der Gütertariife soll eine weitere Steigerung erfahren.

Zahlreiche der vorgenommenen Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen sollen infolge der darob entstandenen Erregung wieder zurückgenommen oder abgeschwächt werden.

Zur Reparationsfrage.

Keine sachlichen Gründe für die Devisenhaufe.

Berlin, 19. Aug. Die Reichsregierung erklärt, daß sie auf dem Standpunkt stehe, daß die augenblickliche außerordentliche Devisenhaufe keinerlei sachliche Gründe habe. Die Reichsregierung komme als Käuferin von Devisen vorläufig nicht in Frage. Die Ausleihzahlungen seien für vier Wochen gestundet, die Devisenzahlungen in der Schweiz. Die Befürchtungen wegen der bevorstehenden französischen Maßnahmen scheinen absolut übertrieben zu sein. Die Reichsregierung warnt daher eindringlich vor einer übertriebenen Nervosität.

Mühle Beirteilung in London.

London, 19. Aug.

Die Gerichte über Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zwecks Abmahnung einer Verständigung in der Reparationsfrage, laufen hier noch ungemindert um, werden aber in der Presse nach wie vor wenig beachtet. Die Regierungsblätter schweigen sich meist gründlich hierüber aus. Die „Times“ erwähnen die Angelegenheit nebenbei und glauben, daß dies ein Schreckenspensel für kleine Leute sei, die aber von keinem Diplomaten ernst genommen werden könnte. Daß auch in der englischen Arbeiterschaft die Lage als sehr ernst betrachtet wird, beweist eine Rede des bekannten Arbeiterführers Bisset in einer großen Versammlung, in der er u. a. den Vorschlag machte, die ganze Arbeiterschaft aufzurufen, so lange zu streiken, bis eine vernünftige Lösung dieser Lebensfrage der ganzen Welt gefunden sei.

Abschwächung der Elsaß-Maßnahmen.

Paris, 19. Aug.

Es verlautet hier, daß angesichts der Erregung der öffentlichen Meinung, die im Elsaß durch die Ausweisung der Deutschen entstanden ist, die Regierung beabsichtigt, zahlreichere der vorgenommenen Ausweisungen wieder rückgängig zu machen oder wenigstens abzuschwächen. Die Abschwächungen werden vor allen diejenigen Deutschen betreffen, die aus Elsaß-Lothringen ausgewiesen wurden, die aber Saarländer sind. Die Regierungskommission in Saarbrücken ist zu ihren Gunsten eingetreten. Man hat ihr, wie verlautet, die Versicherung gegeben, daß an diesen Personen und ihrem Besitz nichts berührt werde. Diese Versicherung werde sich auf alle Staatsangehörigen der Pfalz und der linksrheinischen Länder ausdehnen, falls sich solche unter den Ausgewiesenen befinden sollten.

Mindestens noch acht Tage bis zu einem Entschluß der Reparationskommission.

Paris, 19. Aug.

Der „Matin“ behauptet, daß die Hinzuziehung deutscher Delegierter zu den Besprechungen der Wiedergutmachungskommission vielleicht die ganze Lösung des Problems beschleunigen würde. Man würde nämlich erwarten, daß Deutschland selbst seinen Moratoriumsbeitrag durch andere, der Meinung der Alliierten mehr entgegenkommende Vorschläge ersetzen werde. Man würde den deutschen Delegierten eventuell die Elemente zu beratenden neuen Vorschlägen vorlegen. Im übrigen aber sei diese ganze Arbeit noch völlig im Anfangsstadium begriffen. Man müsse mindestens mit acht Tagen bis zu einem Entschluß der Delegation rechnen.

Der Besuch der Reparationskommission.

Paris, 19. Aug.

Das von der Reparationskommission über die Entsendung ihrer Delegierten nach Berlin herausgegebene Kommuniqué

besagt, daß diese Persönlichkeiten die Berliner Reise unternehmen mit dem Zweck, von der deutschen Regierung einige unbedingte notwendige Aufklärungen zu erhalten. Bradbury und Manchère werden vom stellvertretenden Sekretär der Reparationskommission, Bernerz, und vom Finanzattaché, Händlin begleitet. Sie verlassen am Samstagabend mit dem Warschau-Express Paris. Es ist hervorzuheben, daß der Beschluß zu ihrer Entsendung einstimmig gefaßt wurde, daß also auch Frankreich den Berliner Besprechungen zustimmt.

Die heutige Kabinettsitzung.

Berlin, 19. Aug.

Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung von gestern mittag in erster Linie mit dem Ergebnis der Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtgehälter befaßt und ihnen, wie bereits gemeldet, zugestimmt. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete wieder die Reparationsfrage. Durch die Note der Alliierten über die Ausgleichszahlungen, wonach Deutschland bis Mitte September keine derartigen Zahlungen zu leisten braucht, ist im Augenblick eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten. Dem Kabinett lag weiter die offizielle Mitteilung der Reparationskommission vor, daß deren Mitglieder Bradbury und Manchère am Montag in Berlin eintreffen werden, um mit der deutschen Regierung über die Reparationsfrage zu verhandeln. Diese Besprechungen dürften gleich am folgenden Dienstag beginnen. Am Nachmittag oder Abend hat entgegen anderslautenden Meldungen keine weitere Kabinettsitzung stattgefunden.

Deutschland besitzt eine Goldmilliarde Reserve?

Paris, 19. Aug.

Der Wiedergutmachungsausschuß wird, wie die französischen Blätter melden, auch die Frage prüfen, welche Bankguthaben Deutschland besitzt. In französischen Kreisen wird neuerdings betont, daß Deutschland über eine Goldreserve von 1 Milliarde Mark verfüge und diese den Alliierten zur Verfügung stellen müsse. Allerdings schreibt Perinax im „Echo de Paris“, wenn diese Summe zur Verfügung gestellt werde, so werde diese keineswegs als Ersatz für die von Poincaré geforderten Pfänder für ein Moratorium gelten, sondern müsse nebenher geben werden.

Deutsch-russische Verständigung.

Paris, 19. Aug.

Der Korrespondent der „Times“ meldet aus Moskau, daß Schischewin und Litwinoff gegenwärtig mit der deutschen Reichsregierung über einen offiziellen Vertrag verhandeln, der alle früheren Verträge ähnlicher Natur annullieren soll. Die Unterzeichnung soll binnen kurzem bevorstehen. Einzelheiten darüber liegen noch.

Nach Berliner Mitteilungen soll der neue deutsch-russische Vertrag bereits am Dienstag kommender Woche unterzeichnet werden.

Deutschland.

Berlin, 20. August. Das Reichskabinett hat sich in seiner Sitzung von gestern mittag in erster Linie mit dem Ergebnis der Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtgehälter befaßt und ihr wie bereits gemeldet, zugestimmt. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete wieder die Reparationsfrage. Durch die Note der Alliierten über die Ausgleichszahlungen, wonach Deutschland bis Mitte September keine derartigen Zahlungen zu leisten hat, ist für den Augenblick eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten. Dem Kabinett lag weiter die offizielle Mitteilung vor, daß die Mitglieder der Reparationskommission am Montagabend in Berlin eintreffen werden, um mit der deutschen Regierung über die Reparationsfrage zu verhandeln. Diese Besprechungen dürften gleich am folgenden Dienstag beginnen.

Berlin, 20. August. Die Morgenblätter veröffentlichen Einzelheiten aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Strafgerichte, das bereits dem Reichsrat zugegangen ist. Mit Ausnahme der Reichsgerichtssachen sollen in Zukunft in allen Strafsachen in erster Instanz und in der Berufungsinstanz Laien entscheiden und mitentscheiden. In der ersten Instanz entscheiden kleine Schöffengerichte, großes Schöffengericht oder Schwurgericht. Das kleine Schöffengericht, besteht mit einem Vorsitzenden Richter und zwei Laien hat im wesentlichen die Zuständigkeit der bisherigen Schöffengerichte, das große Schöffengericht (zwei Amtsrichter und drei Schöffen) die Zuständigkeit der bisherigen Strafkammern. Das Verfahren vor den beiden Arten der Schöffengerichte ist das gleiche. Die Berufung gegen die Urteile der Schöffengerichte geht stets an die Strafkammer, die mit zwei beamteten Richtern und drei Schöffen also ebenmäßig wie die großer Schöffengerichte besteht ist. Das Schwurgericht behält der Entwurf bei. Die Schwurgerichte, denen nur eine Reihe Betrugsdelikte und ähnliche entzogen sind, behält der Entwurf bei. Der Gesetzesentwurf paßt ferner das

Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozessordnung dem neuen Verfassungsgesetz an. Der vermehrte Bedarf an Laienrichtern wird infolge der Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamt gedeckt werden können. Der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches wird noch innerhalb des laufenden Monats fertiggestellt werden.

Berlin, 19. Aug. Wie die „Kreuzzeitung“ erfährt, ist die Leitung der Deutschnationalen Volkspartei zum 14.—15. September nach Berlin einberufen. Der Parteitag der D.N.V. findet am 1.—2. Dezember in Breslau statt.

Berlin, 20. August. Bei dem neu geschaffenen Reichspensionsamt haben auch drei frühere fürstliche Persönlichkeiten sich um eine Militärpension beworben. Der frühere Herzog Georg von Meiningen beantragt eine Pension als Generalinspekteur, das Pensionsamt hat diesen Anspruch aber abgewiesen. Ferner hat der frühere Prinz Oskar von Preußen Bescheid darüber geführt, daß er sein Gehalt als Brigadeführer für die letzten drei Monate des Jahres 1918 nicht erhalten habe. Auch der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern beantragt eine Pension als Generaloberst.

Die Verhandlungen mit Bayern.

Berlin, 19. Aug.

Bei den heute eingeleiteten neuerlichen Besprechungen der Reichsregierung mit den bayerischen Regierungsvorstreitern, führte der Reichskanzler selbst den Vorsitz. Die heutige Vormittagsitzung, der auch der bayerische Gesandte Dr. v. Freger beiwohnte, wurde gegen 1 Uhr geschlossen. Heute nachmittag finden persönliche Aussprachen des Reichsjustizministers Dr. Radbruch mit dem bayerischen Justizminister Dr. Gütler statt, wobei wohl die Frage des Staatsgerichtshofes erörtert werden wird. Die bayerische Delegation wird voraussichtlich noch morgen in Berlin bleiben, da die Besprechungen von den Verhandlungen mit der Wiedergutmachungskommission durchkreuzt werden.

München, 20. August. Wenn man bisher nicht ganz begriffen hat, daß trotz der „Desavouierung“ durch die eigenen Parteien der Regierung und vor allem die für die Berliner Verhandlungen verantwortlichen Minister auf ihren Plätzen geblieben sind, so läßt nunmehr die parteiamtliche „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ ein wenig den Schleier, indem sie vom Standpunkt des Willens zur Verständigung aus erklärt, daß man zugeben müsse, „daß der Weg, den die Regierung in der ganzen Angelegenheit bisher eingeschlagen hat, dem Gedanken nach richtig war, wenn es auch an der Durchführung, vor allem an der Regie da und dort gefehlt habe.“ Es müsse weiter zugegeben werden, „daß Bayern angesichts der Notwendigkeit eines modus vivendi zwischen dem in der bayerischen Politik herrschenden föderalistischen Staatsgedanken und dem in der Reichspolitik ausgeprägten zentralistischen Staatsgedanken“ gar nicht schlecht abgeschnitten hat. Vom föderalistischen Standpunkt aus ist das Berliner Protokoll ein Fortschritt. Allerdings sind es mehr föderalistische Worte als föderalistische Sicherheiten, und darin liegt die Schwäche des Berichts, und hier werden die neuen Bemühungen Bayerns einsehen müssen, um die Vereinbarung annehmbar zu machen. Aus dem „kann“ muß eine obligatorische Bindung der Reichsregierung hergestellt werden.

Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß man mit den Herren, die in Berlin gewesen sind, sogar sehr zufrieden war, und daß man die Erregung eben brauchte, um noch etwas mehr herauszufischen. Es wirkt ein eigenartiges Licht auf diese künstlich und mit Meisterhaft konstruierte Erregung, wenn man dieses Zugeständnis liest und damit vergleicht, was die Blätter am Montag noch geschrieben haben.

Trotz allem war auch Graf Lerchenfeld verstimmt. Er und mit ihm die anderen Minister waren auf der Rückreise von Berlin der festen Überzeugung, daß die Abmachungen ohne weiteres angenommen würden. Graf Lerchenfeld wollte sogar am Montag in Urlaub fahren. Umso größer war die Enttäuschung, als die „Erregung“ auf die Darlegungen der Minister nicht etwa verebbte, sondern immer heftiger wurde und zeitweise Formen annahm, die eine Regierungskrise, ja eine Landtagsauflösung als bevorstehend erscheinen ließen. Daß unter diesen Umständen Graf Lerchenfeld zu dem Opfer des Weibens nicht auch noch den doch etwas blamablen Gang nach Berlin unternahm, war voraussehbar. Eine amtliche Auslassung möchte aber die Sachlage etwas harmloser darstellen:

Die Nachricht, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld es abgelehnt habe, sich neuerdings an den Verhandlungen in Berlin zu beteiligen, ist unrichtig. Die weiteren Besprechungen mit der Reichsregierung werden zunächst von dem bayerischen Reichsminister geleitet. Eine unmittelbare Beteiligung des Ministerpräsidenten an diesen Besprechungen kommt zunächst ebensowenig in Frage, wie eine solche des Reichspräsidenten, der übrigens zurzeit von Berlin abwesend ist.

General Ludendorff über die deutsch-französischen Beziehungen.

Der Korrespondent des „Echo de Paris“ in Berlin, Herr G. Willenus, hatte eine mehr als einstündige Unterredung mit dem General Ludendorff, über deren Inhalt der genannte Korrespondent der „Dea“ folgende Mitteilungen gemacht hat:

Frage: Man hört in Frankreich die Befürchtung, daß deutsche Organisationen militärischer Tendenz gegen Frankreich gerichtet sind. Was denken Euer Excellenz darüber?

Ludendorff: Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß Deutschland der Waffen und des Kriegsmaterials völlig entbehrt, daß die deutsche Rüstungsindustrie zerstört ist und daß schon aus diesem Grunde

ein deutscher Krieg gegen die mit allen modernen Kampfmitteln reich ausgestattete französische Armee für irgend wie absehbare Zeit ganz undenkbar

ist. Es ist mir daher vollkommen unbegreiflich, wie irgend jemand in Frankreich deutsche Organisationen, welche sich die Aufgabe gestellt haben, Deutschland vor der bolschewistischen Revolution zu schützen, als eine Gefahr ansehen kann.

Frage: Wie erklären Euer Excellenz den Haß gegen Frankreich, der im deutschen Volke immer härter zutage tritt, und glauben Sie, daß dieser Haß wieder schwinden könnte?

Ludendorff: Es ist richtig, daß seit dem Kriegsende im deutschen Volke die Abneigung gegen Frankreich dauernd gestiegen ist. Ich glaube, daß die Schuld daran in der Politik Frankreichs zu suchen ist. Die Geschichte zeigt, daß der Krieg ein hartes Handwerk ist. In und nach dem Friedensschluß hat Frankreich dem Deutschen Reiche

drückende und unerfüllbare Bedingungen

auferlegt, durch die sich das deutsche Volk in seinem Dasein bedroht fühlt. Darüber hinaus hat die französische Politik die nationale Ehre des deutschen Volkes verletzt, und es ist demzufolge natürlich, daß die deutschen Patrioten dadurch erbittert worden sind. Das französische und das deutsche Volk haben oft im Kampfe gegeneinander gestanden. Das wechselnde Schicksal hat beiden Siege und Niederlagen beschien. Jede von beiden Nationen blüht auf eine lange und ruhmvolle Geschichte zurück. Keines von beiden Völkern hat daher das Recht, dem andern die Achtung zu verweigern, so wie auch ich selbst im Weltkriege den Feldherren des französischen Heeres meine hohe Verehrung ihrer Fähigkeiten niemals verlagert habe. Die Franzosen ihrerseits sehen in der Anfechtung des patriotischen Geistes in Deutschland eine Bedrohung Frankreichs. Dadurch fühlt sich Frankreich zu immer härteren Maßnahmen gegen das wehrlose deutsche Volk veranlaßt, und diese Maßnahmen steigern wiederum dessen Erbitterung gegen die Franzosen.

Es ist an Frankreich, den ersten Schritt zu tun, wenn die Erbitterung des deutschen Volkes schwinden soll.

Wenn Frankreich, wie wir von Franzosen berichtet wird, nunmehr endlich zu erkennen beginnt, daß die Politik der Bedrückung auch Frankreich dem Abgrund zutreibt, so wird es früher oder später zu dem Entschluß kommen, seine Politik Deutschland gegenüber umzustellen. Wenn es dabei gelingen sollte, auf der Grundlage großer und gemeinschaftlicher Interessen des französischen und des deutschen Volkes auch dem deutschen Volk den Ausblick auf eine neue Zukunft zu erschließen, dann würde noch meiner Ueberzeugung das deutsche Volk mit den Franzosen gemeinsam zur Wohlfahrt beider an dem Wiederaufbau Europas arbeiten können.

Ausland.

Paris, 20. August. Habas meldet aus Las Palmas: Neun Deutsche, die von Kap Jubly kamen sind heute hier gelandet. Sie erklärten, sie seien ehemalige Soldaten, die von den Franzosen gefangen genommen wurden. Sie seien nach dem Innern Marokkos gebracht und von Eingeborenen gefangen genommen worden, die sie an den spanischen Kommandanten des Postens von Jubly verkauft hätten. Sie erklärten, es befänden sich noch weitere Deutsche in der Gefangenschaft dieser Stämme.

Washington, 20. August. Das Staatsdepartement genehmigte ein Gesuch der Western-Union-Telegraphen-Compagnie um die Konzession für die Leitung eines Kabels nach Deutschland über die Azoren.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 20. Aug. (Gemeinde-, Bezirksrats- und Kreiswahlen.) Unter dem 16. August veröffentlicht das Ministerium des Innern eine Bekanntmachung, nach der die Wahl der Gemeinde-(Stadt-)verordneten, in kleinen Gemeinden die Wahl der Gemeinderäte, Sonntag, den 19. November 1922, stattfindet. Die Bezirksrats- und Kreisversammlungen werden mit dieser Wahl verbunden.

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganger.

58) (Nachdruck verboten.)
Wo blieb Klemke nur?
Endlich schwante ein Licht in der Ferne tanzend auf und nieder. Stimmen, verschwommen laut gebend, klangen zu den Wartenden. Joachim atmete erleichtert auf.
Edith hatte die bestimmte Vorstellung gehabt, daß ein Wagen für sie unterwegs sei. Als sie die Bahre sah, schrie sie auf. Nein, nimmermehr! Die würde sie nicht benutzen. Es wäre entsetzlich, sich da hinaufzulegen. Sie sei doch nicht tot. Joachim suchte sie zu beruhigen. „Wir glauben Sie tot“, sagte er, „als wir Sie fanden. Darum wurde die Bahre geholt. Es ist ja auch jetzt nur die Hauptsache, Sie so schnell wie möglich nach Hause zu bringen!“
Sie wich schauernd zurück.
Er trat dicht neben sie und flüsterte: „Edith, ich bitte Sie, nicht töricht zu sein! Es geht nun nicht anders.“
Sie erhob beide Hände und schrie gellend auf: „Nein, ich kann nicht! Ich vermag es nicht!“
In Raschigkeit sahen sich Klemke und die vier mitgenommenen Leute an. Auch in lächelnder Bewunderung. „Was das Fräulein penibel! Was schadet es, sich auf dieser Bahre nach Hesselvörde tragen zu lassen?“
Joachim tat ein paar erregte Schritte. „Aber es ist wirklich nötig, daß Sie sich fügen, es ist im Interesse Ihrer Gesundheit Pflicht, sich nicht länger zu sträuben. Ich bitte“, daß er griff nach ihrer Hand und versuchte sie zur Bahre zu führen. Sie riß ihre Hand aus der seinen und wollte zurückweichen. Da verließ sie das Bewußtsein von neuem. Sie taumelte. Joachim mußte hinzustürzen, um sie vor dem Fall zu schützen.
In beiden Armen griff er sie auf.
„Kommen Sie, Klemke!“
Man bettete sie auf mitgebrachten Tüchern. Seinen Mantel breitete Joachim selbst vorsichtshalber über sie.

Baudarlehen. Der Stadtrat hat im Januar dieses Jahres Richtlinien über die Gewährung von Baudarlehen veröffentlicht. Die inzwischen ravid in die Höhe geschrittenen Baukosten und die allgemeine Lage zwingen zur sparsamsten Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel. Im Hinblick hierauf ist es künftig in allen Fällen nur noch möglich, bis zu 400 Kubikmeter umhauenen Raumes Zuschuß zu gewähren. Darüber hinausgehender Wohnraum geht vollständig zu Lasten des Bauherrn. Um unnötige Kosten zu ersparen, wird jedem Bauherrn der hiesigen Stadt, der auf ein städtisches Baudarlehen abhebt, dringend empfohlen, vor Ausarbeitung der endgültigen Baupläne Rücksprache mit der Abteilung III des städtischen Wohnungsamtes unter Vorlage einer Leistungsliste zu nehmen.

Keine Begnadigung des Arjes-Mörders. Wir brachten vor einigen Tagen die aus Eberbach stammende Meldung, daß der eine noch lebende Mörder des Studenten Arjes, der am Pfingsten 1912 am Fuße des Rabenbuddels ermordet wurde, begnadigt wurde und am 1. November d. J. aus dem Zuchthaus entlassen werden würde. Wie die „Bruchtaler Zeitung“ jetzt mitteilt, ist nach ihren Ermittlungen an zuständiger Stelle von einer solchen Maßnahme nichts bekannt.

Goßheim 5. Bretten, 18. Aug. Dem weitbekanntem Landwirt Jakob Müding, der als Heimatkennner, Forscher und Dichter sich viele Freunde erworben hat, wurde anlässlich seines 60. Geburtstages von der Ortsgruppe Bruchtal der Badischen Heimat, deren Mitglied er ist, als Zeichen treuen Gedenkens seiner Arbeit für die Heimat die Erinnerungsmünze an das Bruchtaler Schloßbüchel überreicht.

Manheim, 19. Aug. Der Oberknecht Wilhelm Röll der Güterbesitzer Graf wurde, als er mit seinem Wagen die Bahngleise passierte, von rangierenden Winterwagen erfasst und totgedrückt. Das Pferd mußte getötet werden. Der Wagen wurde vollständig zerschmettert. Röll, ein verheirateter Mann von 60 Jahren, der eine Witwe und sieben erwachsene Kinder hinterläßt, war sofort tot.

Freudenstadt, 19. Aug. Hier wurde der letzte Stollen am Heimbach-Krautwerk, und zwar die Stollenreihe Bettendorfer bis Dirmenbach, die bei der Bearbeitung außerordentlich große Schwierigkeiten zu überwinden gab, durchgeschlagen. Damit sind sämtliche Fallendurchführungen des ausgedehnten Werkes vollzogen.

Waldshut, 20. Aug. (So geht's heute.) Je näher man der Grenze kommt, um so mehr sind die Preise dem Franken angepaßt. Im Zollanschlussgebiet ist es sogar soweit gekommen, daß der Preis für Grund und Boden in Franken entrichtet werden muß. Ein Landwirt in Bältern, der einen Anbau an seinem Haus vornehmen wollte, mußte für den Bauplatz pro Quadratmeter 2 Franken bezahlen, was bei dem heutigen Kurs eine hübsche Summe ausmacht.

Neuenburg 6. Müllheim, 20. Aug. (Die „findige“ Post.) Wie das „Mühlhäuser Tagblatt“ berichtet, erhielt dieser Tage ein in Mühlhausen wohnhafter Herr eine Ansichtspostkarte, die am 18. September 1901 in Meienheim im Oberelsaß an seine Adresse aufgegeben wurde. Dem Poststempel nach ist die Karte noch am gleichen Tag nach Meienheim gelangt, hat aber vom Postamt bis zur Altkircherstraße, in der der betreffende Herr wohnt, fast 21 Jahre gebraucht. Dafür durfte dann der Empfänger noch 40 Eis. Strafporto bezahlen.

Die vereinfachte Erbschaftsteuer.

Von Steuerinspektor Vogt, Apolda.

Das Zulagegesetz zur Abänderung der Erbschaftsteuer tritt mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli des vorliegenden Jahres in Geltung. Es ist ein Stück richtiger Finanzreform. Ein Gesetz, das so unübersichtliche und verwirrende Bestimmungen hatte, als wäre es mit raffinierter Bosheit erdacht, um jeden sorgsamem Hausvater in Verlegenheit zu bringen, ist nun in wesentlichen Punkten einfacher und klarer gestaltet. Man muß dieses Steuerrecht begründen.

Zunächst sind die Steuererträge ermiedert, um eine Anpassung an die Geldentwertung zu bringen. Im großen und ganzen sind die neuen Sätze halb so hoch, wie die alten. Die steuerfreien Beträge sind verdreifacht worden. Also ist jetzt bis 5000 Mark jeder Erwerb steuerfrei und für Kinder, Eltern und Großeltern bis 50 000 Mark. Außer dieser not-

wendigen Anpassung an den Geldwert sind nun aber einige Vorschriften erlassen, die den ganzen Aufbau des Gesetzes betreffen. Vor allem sind Erbschaften nunmehr grundsätzlich freigelassen. Damit ist die Wertgrößenlei darüber, welches die steuerlich zweckmäßigste Form des Testaments sei, für den schwierigsten und unsrittensten Fall der Regelung unter den Ehegatten selber überflüssig geworden. Nur in dem einen seltenen Fall wird der Erbanspruch beim Ehegatten noch befreit, wenn der Altersunterschied mehr als zwanzig Jahre beträgt und die Ehe noch nicht fünf Jahre besteht. Fortgefallen ist ferner die gesamte Nachlasssteuer, so daß nicht mehr das vererbte Vermögen im ganzen besteuert wird, sondern nur noch der Erbanspruch bei jedem einzelnen Erben. Damit ist das Veranlagungsgesetz stark vereinfacht. Waren doch bei der Feststellung des der Nachlasssteuer unterworfenen Vermögens vielfach andere Grundstücke anzunehmen als bei der Erbanspruchsteuer. Auch hier ergibt sich eine wesentliche Erleichterung für das Steuerpublikum. Eine Reihe von ausschließlichen Prozessen werden in Zukunft vermieden. Durch die Einführung der neuen jährlich erhobenen Vermögenssteuer die Ende dieses Jahres zum ersten Male in Wirksamkeit tritt, ist die Nachlasssteuer ja auch überflüssig geworden. Sie war nichts anderes als eine letzte Vermögenssteuer, die den Verstorbenen noch traf. Außerdem war das Aufkommen durch diese Steuer kaum so groß, daß das langwierige und umständliche Veranlagungsgesetz dadurch gerechtfertigt war. Die Nachlasssteuer verdankt ihre Existenz doch mehr politischen Schlagworten als finanzwirtschaftlichen Erwägungen. Die Entlastung, die ihr Fortfall sowohl den Finanzämtern als auch dem Steuerpublikum bringt, ist hoch einzuschätzen. Voraussetzungen werden wir in nächster Zeit noch eine Steuer fallen lassen, die politischen Forderungen entspringt und sonst sinnlos ist, weil sie nicht mehr einbringt, als ihre Veranlagung kostet: nämlich die Luxussteuer. Den einzigen Erfolg, den solche umständlichen und ebendenn noch ertraglosen Steuern haben, ist der, daß die Finanzämter nie mit wirklich notwendigen Steuerarbeiten fertig werden und daß die Steuer-moral durch Verzögerung und zwecklose Belästigungen untergraben wird.

Außer den übrig bleibenden Steuern auf den Erbanspruch und auf Schenkungen ist noch eine weitere hinzugefügt auf Zweckwendungen. Das sieht nach einer neuen Komplizierung aus, ist aber in Wirklichkeit das Gegenteil davon. Es wird nur ausdrücklich ausgesprochen, was längst bestand und was der ständigen Reduzierung der höchsten Steuergerichte entspricht. Es ist eine Vereinfachung des Gesetzes, daß nunmehr direkt gesetzlich bestimmt ist, was vorher nur aus genauer Kenntnis der sehr verwinkelten Zusammenhänge erschlossen werden konnte. Ein Stück Geheimlehre der Steuerkunde ist dem allgemeinen Verständnis nahe gebracht worden. Daher sind auch die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die Befreiung von Zweckwendungen eine Vereinfachung und Verbesserung des Gesetzes. Eine Zweckwendung liegt zum Beispiel vor, wenn einem Bergwerksverein eine Geldsumme überwiesen wird, mit der Bindung, daß dafür ein Weg ausgebaut wird. Der Zweckende bedient sich also einer Mittelsperson, um den erstrebten Zweck zu erreichen. Diese Mittelsperson wird durch die Zweckwendung nicht bereichert.

Aus Stadt und Bezirk.

M.K. Turlach, 18. Aug. Zu der unterm 1. ds. Mts. in Nr. 178 im Anzeigerblatt unseres Blattes gebrachten Bekanntmachung über die Erhebung der Wahl- und Schenkungssteuer wird uns noch geschrieben: Ueber die von der Wählervereinigung Karlsruhe ab 1. August 1922 festgesetzten Wahllohn sind verschiedentlich aus landwirtschaftlichen Kreisen kritische Betrachtungen über zu hohe Forderungen beim Wahllohnpreis gebracht worden, so daß wir uns veranlaßt sehen, hiergegen Stellung zu nehmen. Der derzeitige Wahllohn von Mk. 75.— der Jenner Getreide entspricht etwa dem 60fachen der Kornpreissätze. Die Betriebskosten der Wahlen (Arbeitslohn, Bedarfsartikel und Reparaturen) haben sich dagegen zu einem weit höheren Satz vervielfacht, so z. B. Kosten beim Mähdrescher, Mähmaschine und Reparaturen etwa das 150fache, die zum Wenden des Mehlens nötige Seidengänge das 400fache, Sädt, Dele und sonstiges Betriebsmaterial durchschnittlich das 200fache der Kornpreissätze. Hierbei sind dann weiterhin die sich ständig nach oben bewegenden Ausgaben an Steuern (Umsatzsteuer, Gewerbesteuer usw.) mit einzurechnen, so daß man bei einiger Ueberlegung von einer übermäßigen Forderung in Bezug auf die Wahllohn nicht sprechen kann. Bei Wahlen, die mit Hilfskraft arbeiten, kommen noch die Mehraufwendungen, insbesondere für elektr. Strom hinzu und die,

da eben noch gar nicht sagen. Sie müssen mal erst die Krisis abwarten, mein sehr verehrter Herr von Brandt. Morgen, das heißt heute mittag — es wird ja schon hell — da muß ich machen, daß ich noch ein paar Aug'n voll Schlaf krieger, — komme ich wieder.“

Er knöpfte seinen grauen Flauschmantel zu und gab Joachim die Hand. „Guten Morgen, in Morgen, mein sehr lieber Herr von Brandt... Wie, 'n Tobak?... Na ja, bitte, bin kein Unmenschen! Aber leicht, bitte! Sehr leicht!“

„Ganz leicht“, versicherte der Hesselvörder Herr mit müder, zerfallener Stimme. Seine Hand zitterte, als er dem Doktor die Zigarrentüte reichte. Im Gesicht sah er kalkgrau aus.

„Hm, ja“, meinte Doktor Erselius, unter dem Anzünden der Zigarre stoßweis sprechend, — „es ist natürlich zu Klageklagen noch nicht Zeit. Die kommen immer noch zurück... Uebrigens ist die Zigarre doch schwer. Sie wollen mich vergiften, hm?“

Joachim hatte gar nicht zugehört. „Ja“, sagte er gedankenlos.

„Na, behalten Sie den Kopf oben! Es geht nichts über die Ruhe... Und die Medizin muß schleunigt ran. Reitender Boie. So, ort ab. Ja, und was ich noch sagen wollte: Möchten Sie 'ne Schwester herhaben?“

„Würden Sie dafür sorgen, Herr Doktor?“

„Na gewiß, ich bringe am besten gleich eine mit. Na, und dann wäre wohl nicht mehr zu besprechen. Guten Morgen. 'n Morgen, mein lieber, sehr verehrter Herr von Brandt!“ Der Abschied war nun mit einem Male sehr hastig, Joachim wollte den Arzt vor das Haus begleiten. Aber Doktor Erselius schob ihn zurück. „Bitte, ich finde! Bleiben Sie drin! Aee, nee, nicht is!“

(Fortsetzung folgt.)

um einigermaßen einen Ausgleich herbeiführen zu können, einen Aufschlag von mindestens 20-30% zu dem Marktpreis von Mt. 75. (Mindestmaß) nehmen müssen. Die Behauptung des Einleiters eines Artikels in einer mittelbayerischen Zeitung, daß nur die Gemeinden für die Instandhaltung der Wasserläufe aufkommen müßten, ist völlig unrichtig, denn jedem Fachmann ist es bekannt, daß die zur Ansäuerung des Wassers nötigen Wasserwerke, Wasserbauten, Wehre usw. von dem Müller unterhalten werden müssen. In Verbindung mit den Eingangs angeführten Erhöhungen der Preise für Mältereibedarfsartikel usw. scheint es nicht unangebracht zu sein, demgegenüber die heutigen Preise für die notwendigen landw. Produkte entgegen zu halten: Getreide kostet heute über das 200fache, die Butter über das 100fache, Eier ebenfalls über das 200fache usw. Diese Tatsachen sprechen dafür, daß die letzte Erhöhung der Mällohnsätze in keiner Weise den Preissteigerungen gerecht wird und kann es nicht ausbleiben, daß infolge der inzwischen weiter steigenden Löhnen mit einer neuerlichen Erhöhung des Mällohns ab 1. September er gerechnet werden muß. Wie aus einer Bekanntmachung der Mällobervereinigung Weilbrunn ersichtlich, hat diese bereits in ihren Bezirken den Mällohnsatz auf Mt. 100.— der Zentner erhöht.

•• Weitere Erhöhung der Margarinepreise. Die nieder-rheinischen Margarinefabriken haben die bisherigen Preise um 15 Mark für das Pfund hinaufgesetzt. Die billige Margarine kostet heute 105 M., die teure 125 M. das Pfund.

(1) Verkehrsperren. Aufgehoben ist die Annahmeperrre für Stückgut und Wagentladungen nach Remscheid.

•• Provinziale Erhöhung der Gütertarife. Der Reichs-eisenbahnrat ist gestern vormittag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. Unter anderem wurde in der Sitzung mitgeteilt, daß die Reichsbahn infolge der katastrophalen Entwicklung der Marktwertung genötigt ist, die zur Zeit gültigen Gütertarife zum 1. September d. J. um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung wird bei der am 1. Oktober erfolgenden organischen Umgestaltung des Gütertarifes, bei der der neue Reichseisenbahnrat mitwirkt, bereits berücksichtigt.

•• Gebührentreue für Erbseine. Hinterbliebene von Kriegsbeschädigten, Priegerhinterbliebenen und deren gesetzliche Vertreter werden vom Reichssteueramt darauf aufmerksam gemacht, daß Erbseine, die in Verordnungsangelegenheiten gebraucht werden, gebührentreue auszuweisen und steuerfrei sind. Für bedürftige Hinterbliebene kann auch für andere Nachlassregelungen durch die Fürsorgestellen eine ähnliche Vergünstigung nachgesucht werden. Anträge sind an die Fürsorgestellen zu richten.

•• Die Landesbibliothek in Karlsruhe ist nach Satzung § 20 wegen Kleinigkeit vom 21. bis zum 31. August geschlossen. Auch die auswärtigen Besucher werden gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen.

A. Bettlarenbeschränkung und Bettlarenpreis. Am 1. September d. J. wird der Preis der Bettlaren für die Schlafwagen im Gebiete der deutschen Reichsbahnen eine erhebliche Erhöhung erfahren. Von diesem Tage ab kosten die Bettlaren für die Schlafwagen in der 1. Klasse 500 Mt. (bisher 250 Mt.), in der 2. Klasse 250 Mt. (150 Mt.) und in der 3. Klasse 150 Mt. (bis her 90 Mt.). Das bedeutet also eine Preissteigerung um etwa 70 Prozent in der dritten, 66% Prozent in der zweiten und 100 Prozent in der ersten Klasse. Vom 1. September ab sollen die Bettlaren, die jetzt erst frühestens eine Woche vor Abgang des Zuges erhältlich waren, bereits 14 Tage vorher zum Vorverkauf gestellt werden. Allerdings erhöht sich auch die Gebühr für die Vorausbestellung in dem gleichen Verhältnis wie die Bettlarenpreise selbst, die Gebühr beträgt 10 Prozent.

•• Einreise in das besetzte Gebiet. Wer in das besetzte Rheinland einreisen will, wird in seinem eigenen Interesse darauf aufmerksam gemacht, daß nach den Bestimmungen der Interalliierten Rheinlandkommission alle Personen über 14 Jahre einen mit einem Bildnis versehenen Personal-ausweis mit sich führen müssen. Die Ausweise werden von der Polizeibehörde des Wohnortes gegen eine mäßige Gebühr ausgestellt. Wer diese Vorschriften nicht beachtet, setzt sich der Gefahr aus, von einem interalliierten Militärgerichtshof bestraft und aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen zu werden.

•• Verkehrsperren. Gesperrt ist die Annahme von Gütern und Frachtgutwagentladungen nach Salzburg Ort und Ueberaana. Ausgenommen sind nur leicht verderbliche Lebensmittel und Kohlen, soweit nicht für letztere bereits Beschränkungen bestehen.

A. Vorladung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterblie-bener durch die Versorgungsbehörden. Kriegsbeschädigte u. Kriegshinterbliebene, die vom Versorgungsamt oder Haupt-versorgungsamt zur Untersuchung, Beobachtung oder zur Erörterung gestellter Anträge vorgeladen werden, erhalten die Reisekosten und sonstigen baren Auslagen erstattet und außerdem in angemessenem Umfang Ersatz für nachweisbar entgangenen Arbeitsverdienst. Um die sofortige Erstattung zu ermöglichen, sind Bescheinigungen des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes und Belege über sonstige Ausgaben mitzubringen. In der Bescheinigung des Arbeitgebers über die Höhe des entgangenen Arbeitsverdienstes muß auch angegeben werden, welcher Betrag von ihm als Steuerabzug einbehalten sein würde, da die Versorgungsbehörde diesen Betrag nicht zu erheben haben; fehlt die entsprechende Angabe, so wird der Arbeitsverdienst um 10 v. H. gekürzt. Der Wert darauf legt, daß die ihm zuzurechnenden Beträge gleich bei der Untersuchung gezahlt werden, verleihe sich schon vorher mit den erwähnten Belegen.

•• Aufenthaltserlaubnis für Ausländer. Mit Rücksicht auf den neuerlichen Rückgang der deutschen Währung im internationalen Geldverkehr sind die Taren für Neubewilligung oder Ausdehnung der Aufenthaltserlaubnis für Ausländer mit sofortiger Wirkung um weitere 50 Prozent der ursprünglichen Sätze erhöht worden. Um irtümlichen Auffassungen zu begegnen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß nach wie vor jeder Ausländer, der noch nicht im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis ist, sich unter Vorlage seines Passes bei der zuständigen Ortspolizeibehörde persönlich oder durch einen Bevollmächtigten anstellen hat.

•• Um die Einheitskurzschrift. Der Reichsbund für Nationalstenographie, die größte stenographische Schule Deutschlands, hielt in Erfurt eine Vertreterversammlung ab. Nach eingehender Aussprache über den jetzt herausgegebenen amtlichen Entwurf einer deutschen Einheitskurzschrift wurde eine Entschließung angenommen, in der mit Bedauern festgestellt wurde, daß der Entwurf ohne Durchführung der vorher vereinbarten Bewährungsstufen zur Einführung gestellt wurde. Ohne die Ergebnisse der Bewährungsstufen fehlen aber zur Beurteilung des Entwurfs alle wissenschaftlichen Unterlagen. Die nationalstenographische Schule lehnt deshalb aus diesen Erwägungen heraus die Regierungsvorlage ab, weil sie dem Hauptforderungs einer modernen Kurzschrift nach größtmöglicher Einfachheit nicht gerecht wird und dadurch nicht geeignet ist, allgemein in den Schulen eingeführt zu werden.

Bermischtes.

Eisverleim als Lederbissen. Unter den verschiedenen Maßnahmen, die anlässlich des Wäcker Boalteschens

auf dem Festtage angeboten wurden, gab es für Feinschmecker etwas ganz Besonderes. Ein Karlsbader „Konditor“ verkaufte Oblaten, die er, bevor er sie den Käufer einhändigte, mit einer eigenartigen, von ihm als „Creme“ bezeichneten Masse strich. Der städtische Lebensmittelkontrolleur zeigt Interesse für die zähe, schaumiggelbe Masse und konnte sofort feststellen, daß es sich um — Fischlerleim handelte. Die delikate Leimschmiere, die widerlich parfümiert war wurde beschlagnahmt und dem Händler das offenbar recht einträgliche Geschäft eingestellt.

Ein Gegenstück zum Prozeß Han. Der Rentnant o. D. Hans Heinrich Regold in Dresden kam Anfang dieses Jahres auf den ungeheuerlichen Plan, seine Schwieger- und Adoptivmutter, die Witwe eines Brauereidirektors, Martha Büttlinghaus in Dresden-Briesnitz, zu ermorden und sich auf diese Weise in den Besitz ihres mehrere Millionen betragenden Vermögens zu setzen. Da ihm aber persönlich der Mut zur Ausführung dieser Tat fehlte, kam er am 1. Februar nach Berlin. Hier wollte er sich irgend einen vornehmen Menschen als Vertretung sichern. In der Passage sprach er einen früheren Handlungsgehilfen Willi Ruda an, der ihm als der geeignete Mann erschien. Er suchte mit ihm verschiedene Details auf und fragte ihn schließlich, ob er ihm bei der Ausführung eines Planes beistehen würde. Er wäre sehr in Schuld geraten. Zu seiner Familie gehörte eine ältere Dame, deren einziger Erbe er werden sollte. Diese Dame müsse aus dem Wege geräumt werden. Ruda übergab Ruda, der zu der Tat scheinbar bereit war, sofort einen größeren Betrag und fuhr dann nach Dresden zurück, um die weiteren Vorbereitungen zu treffen. Geplant war, daß der gebundene Mörder sich mittels eines ihm von R. ausgehändigten Kartenschlüssels in dem Park der Frau B. verbergen sollte. Der Schwiegerjohn selbst wollte an jenem Abend mit seiner Schwiegermutter ein Theater besuchen und dann durch den Park in die Villa heimkehren. Unter einem Vorwand wollte er Frau B. dann einen Augenblick allein lassen — u. in diesem Augenblick sollte Ruda auf ein gegebenes Zeichen hin über diese herfallen u. sie ermorden. Da Ruda der geeignete Mann für die Ausführung dieser Tat nicht war, da er sich nebenbei als Polizeispitzel betätigte, teilte er den Mordplan einem anderen mit und beide beschloßen, den Angeklagten erst gehörig zu tunen und ihn dann der Polizei zu melden. Einige Tage später kam Regold wieder von Dresden nach Berlin und traf mit den beiden in einem Hotel zusammen. Hier stellte er eine Skizze von dem Park seiner Schwiegermutter her, die er den beiden Büttlinghaus anshändigte. Er sagte ihnen bei dieser Gelegenheit, seine Tante hätte für 250 000 Mark Brillanten an sich, die sie behalten könnten. Außerdem sicherte er ihnen 50 000 Mark zu. Als der Tag der Tat wurde der 20. Februar in Aussicht genommen. Die beiden Dörschheller führen nun an diesem Tage, nachdem sie sich mit der Berliner Kriminalpolizei in Verbindung gesetzt hatten, nach Dresden, wo sie mit Regold an der Antonstraße zusammentrafen. Hier händigte Regold ihnen den Schlüssel zum Parktor und gleichzeitig 1500 Mark aus, die die Täter zur Flucht benutzen sollten. In diesem Augenblick gab Ruda dem hinter dem Geschäft verborgenen Kriminalbeamten ein Zeichen und Regold wurde verhaftet. Auf dem Polizeipräsidium in Dresden lagte er ein umfassendes Geständnis ab. In der Voruntersuchung trat er jedoch mit der Behauptung hervor, daß der Plan in Wirklichkeit von dem Ruda ausgegangen sei, der wiederholt versucht habe, von ihm Geld zu erpressen. Von zwei Rechtsanwältin ist nun ein umfangreicher Zeugenapparat aufgestellt worden, der die Annalen des Angeklagten untersucht und insbesondere die Glaubwürdigkeit der beiden Polizeiangenoten erschüttern soll.

Bahrens Wasserkraft-Reichtum. Aus Münden wird geschrieben: Von den gewaltigen Wasserkraftprojekten, die Bayern zum energiereichsten Lande von Deutschland machen werden, waren Ende 1921 347 000 P.S. ausgebaut, weitere 457 000 P.S. sind gegenwärtig im Ausbau begriffen. Diese entfallen in der Hauptsache auf das Salzseen- u. Mittlere Harz-Bez. Unter dessen ist auch schon eine weitere Großkraft-Anlage in Angriff genommen worden, die Donau-Main-Wasserstraße mit ihren 15 Kraftstufen, die eine halbe Million P.S. haben wird. Zusammen mit einer Reihe weiterer Wasserkraftanlagen, die projektiert oder schon ausgebaut sind, wird Bayern nach Fertigstellung all dieser Werke über eine Wasserkraft von 3 Millionen P.S. verfügen, deren Energie auf 12 Milliarden Kilowattstunden zu bemessen ist. Damit würde nicht nur Bahrens Kraft und Lichtversorgung vollständig von der Kohle unabhängig, auch die süddeutschen Nachbarländer können noch ausreichend mit Licht und Kraft versehen werden.

Zu Fuß unter dem Rhein hindurch. Wenn man fragt: Wie kann man zu Fuß unter dem Rhein hindurchgehen, so würde kaum jemand eine Antwort darauf geben können oder die meisten würden erklären, das sei ausgeschlossen. Und doch besteht diese Möglichkeit, denn das Steinlohlenbergwerk Diergard am Niederrhein hat auf beiden Seiten des Stromes Schächte, die durch einen Querschlag unter dem Rhein verbunden sind. Die Vergleute dieser Bege machen täglich den Weg unter dem Strome hindurch. Der eine Schacht, der 271 Meter tief ist, befindet sich bei Hochemmerich am linken Rheinufer gegenüber Duisburg, der andere bei Neuenkamp auf der rechten Seite, und zwar auf der von Ruhr, Rhein und Duisburger Hafen gebildeten Halbinsel. Der Querschlag unter dem Rhein wurde im Jahre 1913 begonnen und in der ersten Kriegszeit vollendet. Deshalb hat diese immerhin bemerkenswerte technische Leistung damals keine Beachtung gefunden.

Vorlist mit unaußerem Papiergeld. Beim Zählen unaußerer Papierseine hatte sich in Lauban der Magistratssekretär Markwirth eine Infektionskrankheit zugezogen, an deren Folgen er gestorben ist.

Französisches Heerlager in der Südpfalz. In aller Stille haben die Franzosen in dem waldrreichen Gebiet der Südpfalz bei Ludwigswinkel nahe der pfälzisch-elsässischen Grenze einen Truppenübungsplatz angelegt, der nach Anlage und Ausdehnung besser und überzeugender, als Worte es vermögen enthüllt, daß die Franzosen sich in der Pfalz dauernd einzurichten gedenken. Eine ganz neue Stadt von der bereits 237 große Holz- und Steinbauten erstellt sind, erhebt sich hier mitten im Walde. Sie wird zur Zeit mit allen neuzeitlichen Einrichtungen, Kunststraßen, elektrischem Licht, Kanalisation, Wasserwerk und dergl. ausgestattet und es ist so für Auto- und Fuhrwerkbesitzer, Wirte, Handwerker und Unternehmer aller Art und für 2000 Arbeiter eine seltene Verdienstmöglichkeit geboten. Natürlich hat diese große Militärfolonie höchst unangenehme Feuerungsabwürlungen auf das ganze südpfälzische Gebiet. In den früher von Touristen viel besuchten Gasthäusern von Bergzabern, Dahn und Schönau werden Preise gefordert und bezahlt, die selbst der an hohe Preise gewöhnte Großstädter als märchenhaft bestaunt; die einheimische Bevölkerung und die Beamten der näheren und der weiteren Umgebung verspüren aber die Segnungen der französischen Besatzungsstruktur in einer sehr schmerzlichen Weise.

Pfer seines Bagemutes. Nur dem kopentauer Vors-bergnungspfad ließ sich ein Artill in eine Grube einarbeiten. Als die Grube nach 25 Minuten wieder geöffnet wurde, war er erschikt. Die Feuerwehr machte vergebens Wiederbelebungsversuche.

Reutand an der iriesischen Küste. Auf iriesische Weise ist Deutschland um 1750 Hektar größer geworden. Etwa zehn Kilometer nordwestlich von Emden entfernt springt die iriesische Küste, die sich hier der holländischen auf kaum sechs Kilometer nähert, mit der Landspitze Kooft weit in den Unterlauf der Ems vor. Südlich von diesem Vorsprung breitere sich die Wylbesumer Bucht aus, die mit der benachbarten Lammeter eine Fläche von 1750 Hektar umfaßt. Die Fläche ist in letzter Zeit dem Wasser abgerungen und eingedeicht worden. Die Gesamtkosten der Eindeichung waren ursprünglich mit 6 100 000 Mark veranschlagt die höheren Löhne aber werden diesen Betrag weit überschreiten.

Ein Briefträger auf dem Postwagen erschossen. Auf der sog. „Hojede“ auf dem Weg nach Gerna wurde auf einen Briefträger geschossen. Der Schuß traf den auf dem Postwagen Sitzenden tödlich. Ein weiterer Schuß auf den Wagen hatte keine Wirkung. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Was ist los? Die Schriftleitung des „Der Deutsch-Afrikaner“ in Pretoria erhielt folgenden Brief, der in seinem Humors doch zum Nachdenken stimmen muß. Er lautet: Sehr geehrter Herr Kungel!

Sie als Redakteur sollen und müssen ja alles wissen; auch was in der Welt los ist.

Ich werde mir erlauben Ihnen mitzuteilen, was in der Welt los ist.

- „Die Wälder sind geldlos.“
- „Die Schulden schilos.“
- „Die Steuern maßlos.“
- „Die Politik harakterlos.“
- „Die Sitten allgelos.“
- „Die Aufrklärung hirntlos.“
- „Die Kleidung geschmacklos.“
- „Der Schwindel grenzenlos.“
- „Der Wäcker erbarmungslos.“
- „Viele wohn — und brotlos.“
- „Die Regierungen ratlos.“
- „Die Ausfahrten trotlos.“

So, nun wissen Sie es. Besten Gruß
P. Dimbo, c. o. Page's Circus.

Eingefandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die druckgesetzliche Verantwortung.)

Durlach, 15. Aug. Vor einiger Zeit erschienen in den Tagesblättern Artikel dahingehend, daß am 1. August ein Feuerungs-gesetz in Kraft treten würde, das die Notlage der Kriegssopfer beheben soll. Dasselbe ist nunmehr im Reichsversorgungsblatt erschienen und wurde auch durch Bekanntmachungen der Fürsorgestellen der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Die im Gesetz vorgesehene Maßnahmen haben jedoch bei allen Versorgungs-berechtigten eine bittere Enttäuschung hervorgerufen, zumal die Vorangelegen zu Dornungen berechtigten. Die obigen Zeitungs-artikel waren demnach abgefaßt, daß die Bevölkerung ein ganz falsches Bild über die Versorgung der Kriegssopfer erhielt. Ein weiterer Umstand von der falschen Beurteilung der Lage ist der, daß viele Leser nur die in den Veröffentlichungen enthaltenen Bezüge, die auch besonders hervorgehoben sind, ansehen, die es jedoch, die den Bezug der Zulage regeln, nicht beachten und sich damit abfinden, daß die Kriegssopfer wieder einmal eine Zulage erhalten. Dem Materialismus der heutigen Zeit entsprechend geht dies nicht ohne Stimpfen ab. Die Auswirkung des Gesetzes ist nun kurz folgende: Die volle Zulage, das sind 1000 Mt. und 200 Mt. für jedes Kind erhalten Kriegsbeschädigte, wenn sie in ihrem Einkommen nur auf die Rente angewiesen sind. Bei Verminderung der Erwerbsumfähigkeit vermindert sich auch die Zulage. Kriegsbeschädigte unter 50 Jahren fallen nicht unter dieses Gesetz. Die Berechnung der Zulagen sei hier an Hand von Beispielen erläutert: Ein Kriegsbeschädigter mit 80 % Erwerbsbeschränkung, Vater von 5 Kindern würde eine Zulage von 1750 Mark erhalten, wenn er weniger verdienen würde wie 1300 Mt. Verdient er jedoch mehr wie 1300 Mt. im Monat, so erhält er nur die Hälfte der Zulage. Bei einem Verdienst von rund 2180 Mt. erhält er keine Zulage. Diese Maßnahmen bringen es mit sich, daß von den über 200 Kriegsbeschädigten Durlachs nur 16 in den Genuss der Feuerungszulage kommen. (Wie immer: Große Aufmachung — kleine Wirkung.) Eine Kriegssopfer, nur auf die Rente angewiesen, erhält im Monat 700 Mt. und für jedes Kind 250 Mt. Die Berechnung der Zulage ist hier die gleiche wie oben und kommt, da die meisten Witwen trotz Wartung und Pflege der Kinder gezwungen sind einem Erwerb nachzugehen, für sehr viele Witwen in Betracht. Betrachtungen über die allgemeine Versorgung der Kriegssopfer wollen wir für heute unterlassen, erwähnen wollen wir aber doch, daß die Renten vieler Kriegsbeschädigten und insbesondere der Träger künftlicher Glieder und Altpenaten, die durch diese hervorgerufenen Abnutzung der Wäse und Weinbekleidung bei weitem nicht deckt, ja die Zeit nicht mehr fern sein, wo die Abholung der Rente bei der Postanstalt und die damit verbundene Zeitverlängerung dem Kriegsbeschädigten teurer zu stehen kommt, als die Rente beträgt.

Der Reichstag hat in seiner Mehrheit den Verbleibungsmaßnahmen des Reichsarbeitsministeriums zugestimmt. Das Gesetz ein Armenunterstützungs- und Erwerbslosengesetz ist in seiner Weise mit den rechtlichen und moralischen Ansprüchen der Kriegssopfer zu vereinbaren ist, muß trotz aller Bedürftigkeits- apostel des Reichsarbeitsministeriums und des Reichstages, die nur beschönigen und der Öffentlichkeit Sand in die Augen streuen wollen, festgestellt werden. Nichts anderes hat der Reichstag beschlossen, als daß diejenigen Versorgungsberechtigten, die trotz schwerer, gesundheitlicher Schädigung unter Ausbietung aller Energie und damit oft unter gewaltiger Vertüzung ihrer Lebensdauer einem Erwerb nachgehen, statt sich auf die Straße zu legen und zu betteln, einen Anspruch auf Entschädigung der von ihnen gebrachten Opfer nicht mehr haben sollen. Weiter so auf dem Wege und nichts als ein grinsendes Böhnchen wird übrig bleiben für die Gelder und ihre erwerbsfähigen Witwen, die ja bald zu denen von „anno dazumal“ gehören. Wie wir wissen, kommt im Späthjahr die Novelle zum Reichsversorgungs-gesetz zur Beratung.

Wir wollen gerne hoffen, daß die Volksvertreter die Denkschriften, die ihnen von der Arbeitsgemeinschaft der Kriegssopfer-organisationen gegeben werden und die Notlage der Kriegssopfer genau schildern, einer genauen Durchsicht unterziehen. Haben sie ein Herz für ihre die Gesamtheit des deutschen Volkes geschädigten Volksgenossen, so können sie nicht anders als freudig ihre Zustimmung zur Verbesserung des Reichsversorgungs-gesetzes geben.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen
— Ortsgruppe Durlach. —

Entwässertes Wetter. Unter dem Einfluß eines über der Nordsee und Skandinavien entstandenen Niederdrucks ist bei nord-westlichen Luftströmungen und bei mehrfach bewöltem Himmel für Dienstag und Mittwoch eine näßig warme Temperatur ohne erhebliche Niederschläge zu erwarten.

Nr 104 Fundgut betr.
 In dem nachstehenden Gemeindefund wurden im 1. Halbjahr 1922 die beigelegten Gegenstände gefunden und können solche bei dem betreffenden Bürgermeisteramt von dem rechtmäßigen Besitzer jederzeit abgeholt werden, wobei wir jedoch darauf aufmerksam machen, daß nach § 972 B.G.B. der Finder mit dem Ablauf eines Jahres nach Erstattung der Anzeige bei der Polizeibehörde das Eigentumsrecht an der Sache erwirbt.
 Durlach: Geldbeutel mit 14 M Inhalt, 8 M in Papier, Leberhandtuch weiß, Broche gewöhnliches Metall, Handwaage, Herrenmütze, vergoldetes Kettchen, 99 M in Papier, Geldbeutel mit 4 M Inhalt, Geldbeutel mit 40 M Inhalt, 4 weißleimene Derranzfragen.
 Söllingen: 31 M ohne Geldbeutel, 22,35 M mit Geldbeutel, 1 Taschmesser, 24 M ohne Geldbeutel.
 Durlach, den 16. Aug. 1922 Bezirksamt.

Grundstücksversteigerung.
 Auf Antrag der Katharina Barthlott Erben in Durlach soll das nachbenannte Grundstück der Gemarkung Durlach durch das unterzeichnete Notariat in dessen Dienstzimmer Nr. 9 Amtsgerichtsgebäude, am
Montag, den 28. August 1922,
 nachmittags 3 Uhr,
 öffentlich versteigert werden.
 Die Steigerungsbedingungen liegen auf der Kanzlei zur Einsicht offen.
 Lsg. Nr. 1309, 1 a 30 am Hofreite Bier- ans steht ein einstöckiges Wohnhaus mit Balkenbalken und angebauter Remise mit Schweinefütterung - Blumenorchidee, Hühner- fütterung Nr. 2 - , cf. Lsg. Nr. 271, Hühner- fütterung, cf. Lsg. Nr. 1307 b (Bank- Ernst, Güterbesitzer)
 Durlach, den 18. August 1922
 Notariat I.

Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse.
 Im Benehmen mit der städt. Preisprüfungs- stelle Karlsruhe wurden vom 22. August ds. Js. folgende Richtpreise festgelegt:

Gemüse:	
Blumenkohl	Stk. 10,00 M
Büschbohnen	4,50 "
Stangenbohnen	5,00 "
Eisenschoten	Stk. 20-40 "
Salatgurken	3,00 M
Endivienalat	Stk. 1,50 "
Erbsen	Stk. 7,00 "
Kartoffeln rund	3,50 "
länglich	3,00 "
Kartoffeln neue Jnl.	4,00 "
Kohlrabi	3,00 "
Kopfsalat	Stk. 1,50 "
Karngold	Stk. 2,00 "
Wilde: Bitterling (Röhrling)	8,00 "
Steinpilze	6,00 "
Radischeen	Bund 0,80 "
Wienerrettiche und Eisapfen	1,00 "
Nettische	Stk. 1,00 "
Rhabarber	Stk. 2,50 "
Rote Rüben	1,50 "
Tomaten	8,00 "
Spinal	3,00 "
Beifstrank	3,50 "
Birring	2,50 "
Zwiebeln	10,00 "
Obst:	
Schneebirnen	Stk. 9,00 M
Äpfel	7,00 "
Äpfel nach Güte	bis 5,00 "
Birnen	6,00 "
Äpfel	1,50 "

Die Kleinverkäufer sind gesetzlich verpflichtet, in ihren Verkaufsräumen oder in den Verkaufsstellen den Preis anzuzeigen bzw. Preischilder anzubringen. Wer dieses unterläßt, macht sich strafbar.
 Durlach, den 19. August 1922.
 Städt. Preisprüfungsstelle.

Zwieback.
 Der Preis für den in den hiesigen Bäckereien auf Marken erhältlichen Zwieback wird auf 30 M für das Pfund festgelegt.
 Durlach, den 19. August 1922.
 Kommunalverband Durlach-Land.

Kohlen-Ausgabe.
 Christ Gayer: 22 August, 1 bis 6 Uhr: Kunden 401 bis 650: 1. Pr. Rhein- Braunkohlen-Brickets „Union“ Nr. 110.25, solange Vorrat reicht.
 Durlach, den 21. August 1922.
 Ortskohlenstelle.

Jagd-Verpachtung.
 Die Gemeinde Zöhlingen verpachtet am Donnerstag, den 7. September ds. Js., vormittags 9 1/2 Uhr, die Ausübung der Gemeindefeldjagd, bestehend in 3 Bezirken mit einem Gesamtflächeninhalt von 1910 ha, für die Zeit vom 1. Februar 1923 bis einschl. 31. Januar 1929.
 Als Mieter werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sind, oder aber durch ein behördliches Zeugnis nachweisen, daß Bedenken gegen die Erteilung eines Jagdpasses nicht bestehen.
 Die Bedingungen liegen zur Einsicht auf dem Rathhause an.
 Zöhlingen, den 18. August 1922
 Der Gemeinderat:
 Fischer, Bürgermeister.

Pelz - Aenderungen, Neuankünfte u. Reparaturen, sowie billiger Verkauf von Hüten, Schirmen und Pelzwaren. Rein Laden.
 G. Kumpf, Karlsruhe, Douglasstr. 8, p.

Anweisungen für zahnärztl. Behandlung werden nunmehr wieder an die Mitglieder sämtl. Betriebskrankenkassen und der Allg. Ortskrankenkasse Durlach ausgegeben.
 Zugelassen außerdem alle kaufmännischen Kassen, Bahn-, Post-, Allg. Ortskrankenkasse Karlsruhe, Haid & Neu etc.
H. Granget,
 prakt. Zahnarzt
 Durlach, Leopoldstr. 7.

Für Fahrrad- u. Nähmaschinenteile-Verband
 werden für baldigen Austritt von angelegener Großhandelsfirma
je 2 junge Leute
 gesucht, wenn möglich mit Branchenkenntnis. Gute Schulbildung, leichte Auffassungsgabe und schöne Handschrift Bedingung. Ausführliche Bewerbungen mit Antrittstermin, Gehaltsansprüchen etc. sind zu richten unter L. K. 103 an Invalidentank Leipzig.

Verloren
 ein Schlüsselbund am Freitag abend in der Bajeltorstraße
 Abzugeben gegen gute Belohnung
 Bajeltorstr. 39, 1. St.

Ein köstliches Erfrischungsgetränk
 bereiten Sie aus den bekannten
Steeds Monopol-Brandwürfeln
 Adler-Drogerie Ernst Bauer.

1 Acker
 zu kaufen gesucht.
 Angebote unter Nr. 466 an den Verlag d. Bl.

Obstversteigerung.
 Der Ertrag einer größeren Anzahl **Apfel- und Birnbäume** (Tafel- u. Mostsorten) kommt am Dienstag nachmittags zum Verkauf.
 Zusammenkunft um 2 Uhr im unteren Dorf
Heinrich Eckardt
 Hofgut Hohenwetterbach

Junges Fleisch 60 Mk.
Hackfleisch 76 "
Suppenknochen 8 "
 sowie täglich
gekochte Süße
 empfiehlt
Karl Knecht, Metzgerei, Kelterstr. 10.

Achtung! Hausfrauen!
 Eine sagt's der andern!
 Emil Käßmann aus Lanterbachhofheim kommt nach Durlach und ist vom Dienstag, 21. bis einschließlich Freitag, den 24. August im Gasthaus zum „Lamm“, Lammstr. 1, zum **Umtausch von Schafwolle und wollegetrockneten Lumpen.** Man erhält für 1 Kilo Schafwolle 50-60 % Kammergarn, für Schafwolle 50-60 % Kammergarn zurück. Spinn- und Häbblöhen 50 M pro Bund Schafwolle. Zusendungen an Vertreter Theodor Wolf, Aglasterhausen, werden prompt erbetigt.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
 A.-G. Mannheim.
 Eigen-Vermögen 250 Millionen Mark.

Bankkredite **Scheckverkehr**
Conto-Correntverkehr
Spareinlagen **Effektenhandel**
Zinsscheineinlösung
Sorten **Devisen**
Wechseldiscont
Accreditive **Depotverwaltung**
Vermögensverwaltung

durch unsere Filiale Durlach.
 Telephon Nr. 30 u. 185.

Nähmaschinen — Fahrräder Ersatzteile und Zubehör.
 Großhandlung, führendes Haus der Branche, in schöner Hauptstadt Deutschlands, sucht zum baldigsten sofortigen evtl. späteren Austritt
füchtige Expedienten
 die ihr Fach vollkommen beherrschen, im Verkehr mit der Kundschaft gewandt und in der Lage sind, die einlaufenden Kommissionen selbständig zusammen zu stellen. Bei entsprechenden Leistungen wird ausschütende, antbezahlte Stellung zugesichert. Bewerber, die an zuverlässiges Arbeiten gewöhnt und über beste Zeugnisse verfügen, wollen ausführliche Angebote u. Lebenslauf, Zeugnisabschrift und Gehaltsanspr. unter L. J. 103 an Invalidentank Leipzig einreichen. Im Anbetracht wird um Angabe gebeten, in welchem Artikel der Bewerber Spezialist ist.

Männergesangverein Durlach.
 Kommen am Mittwoch, den 23. August, abends 8 Uhr findet im Lokal „roter Löwe“ eine **außerordentliche Mitglieder-Versammlung** statt, wozu das Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht ist.
 Der Vorstand.

Turnverein Durlach 1878
Wiederbeginn des Turnens
 in der Turnhalle (Hofschule) morgen Dienstag abend 8 Uhr. Wir richten auf den im nächsten Monat stattfindenden Kreisturntag werden Turner und Jugendturner um zahlreiche Teilnahme ersucht.
 Der Turnwart.

Mieter- u. Untermietervereinigung e. V. Durlach
 Dienstag, den 22. August, abends 8 Uhr, im Saal
Mieterversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht der Mietzinsberechnungskommission 2. Verschiedenes.
 Wir bitten pünktlich und vollständig zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Haushaltungsschule Durlach.
 Der Ausfall auf die Hornisgrunde findet bestimmt Mittwoch, den 23. ds. Mts. statt. Zusammenkunft wie ausgemacht war.
 L. Kasper.

Freie Bäcker-Innung Durlach.
 Täglich frische **Frankfurter u. Serpelat**
 empfiehlt
Karl Knecht, Metzgerei, Kelterstr. 10.

Kleider und Schuhwaren
 aller Art, sowie Möbel, Betten, lassen Sie am billigsten bei
Glötzer, Karlsruhe Zähringerstr. 53a Ecke Adlerstraße

Gesucht: Stenotypistin (perfekt), **Stenotypistin** (Anfängerin) Schriftliche Anerbieten u. Gehaltsforderung an **Julius Haack, Durlach, Friedhofstraße 2**

Der Washtag ist ein **Bergnügen!** beim Gebrauch meiner beliebten **Spar-kerneife**
 Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Apfel (reine Fallobst) werden abgegeben
 Schloßstr. 9, 3. St.

Mädchen für alle häuslichen Arbeiten, das auch Liebe an Kindern hat, auf 1. September gesucht. Zu erfragen im Verlag.

Neues Damenrad mit Freilauf und pr. Gummi zu verkaufen
 Jägerstraße 11.